

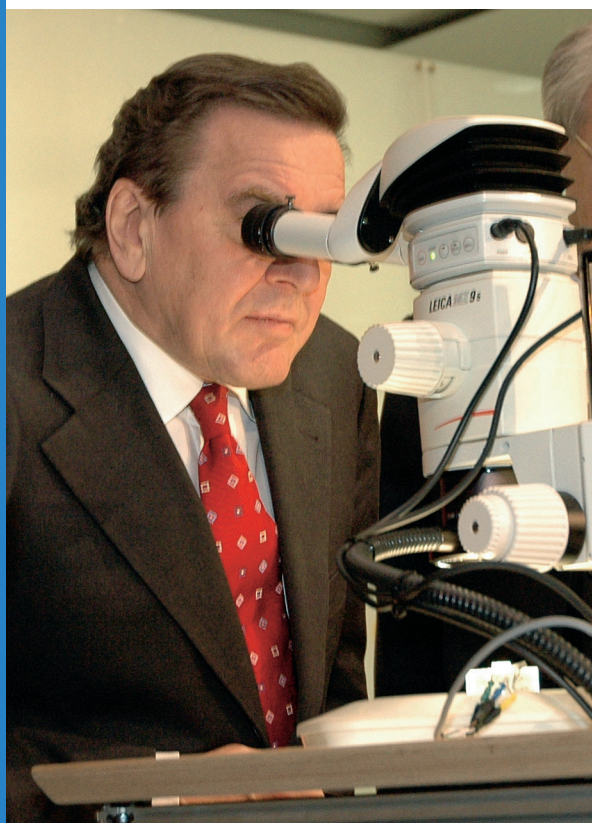
Parteien zur Wissenschaft

Was versprechen die Parteien den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen?

Welche hochfliegenden Pläne setzen die Gewinner nach der Wahl – die Zustimmung des

Bundesverfassungsgerichtes nach Redaktionsschluss vorausgesetzt – in die Realität um?

Eine Prüfung der Wahlplattformen (s. Tabelle auf Seite 882) bringt Ernüchterung.



Betrachtet Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich eines Besuchs bei der Berliner Elektro- nenspeicherring- Gesellschaft den Forschungsetat?

(Foto: fischerAppelt Kommunikation, Berlin)

◆ Die schlechte Nachricht vorweg: Wissenschaft und Forschung sind in Regierungsprogrammen und Wahlmanifesten nachrangig, bei allen Parteien. Mit den Megathemen wie Arbeit, Renten und Gesundheit oder dem Eindreschen auf den politischen Gegner können sie nicht konkurrieren. Forschung findet sich als Anhängsel zur Bildung oder bei der Standortverbesserung. Die gute Nachricht: Alle Parteien haben erkannt, dass

Hochschulen und Forschungseinrichtungen mehr Autonomie und mehr Geld brauchen, wenn auch keine sagt, woher letzteres kommen soll.

Parteiübergreifend ist man sich einig, dass die Forschungs-Aufwendungen in Deutschland bis 2010 von gegenwärtig 2,5 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen sollen. Die meisten Parteien verschweigen jedoch geflissentlich, dass diese Ausgaben zu zwei Dritteln von der Wirtschaft getragen werden. Kleine Nebenrechnung: Wollte eine Bundesregierung im Alleingang die 3 Prozent erreichen, müsste sie die öffentlichen Forschungsmittel um 60 Prozent aufstocken. Das wären so um die sechs Milliarden allein beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Eine Milliarde extra pro Jahr gönnt uns immerhin die Union, die sie durch einen nicht näher spezifizierten Subventionsabbau finanzieren will. Man fragt sich, wie viel von der Milliarde wohl übrig bliebe, wenn sie gegen die Subventionslobbys verteidigt werden müsste. Die anderen nennen vorsichtshalber erst gar keine Zahlen sondern flüchten sich in schwammige Worthülsen, z.B. die „Dekade der Forschung, Gründung und Innovation“ (FDP).

Alle eint auch das Bekenntnis zu Exzellenz, „Leuchtturmprojekten“ (SPD), „Clustern“ (Union). Deutschland müsse als attraktiver Wissen-

schaftsstandort um die besten Köpfe konkurrieren. Regierung und Opposition feiern gemeinsam die jährlich 350 Mio. Euro der Exzellenzinitiative. Zum Vergleich: Der Jahresetat der Stanford University beträgt 2,6 Mrd. Dollar – bei 15000 Studierenden. Munter werden auch unvereinbare Ziele genannt (z.B. Grüne: Exzellenz der Hochschulen bei gleichzeitig höheren Studierendenzahlen und Haushaltskonsolidierung). Bei allen Programmen hat es den Anschein, als würden Wissenschaft und Forschung ausschließlich Trendtechnologien betreffen. Klassische natur- und ingenieurwissenschaftliche Disziplinen sind offensichtlich zu langweilig, um gegen innovativressourcenschonende Nanobiogenumweltkommunikationstechnologie zu bestehen, die sie alle voran bringen wollen.

Die Unterschiede der Programme werden am sichtbarsten in den Themen, die gefördert werden sollen. Die wohlbekanntesten Extrempositionen besetzen hier Grüne (fast keine Gentechnik, gar keine Kerntechnik, Konzentration der Förderung auf umweltverträgliche Technologien) und FDP, die Gentechnik in allen Spielarten, Stammzellforschung und auch Kraftwerkstechnik fördern will. SPD und Union verteilen sich dazwischen, die PDS weiß gar nicht, was sie fördern will.

Die chemische Industrie mit ihrer Forschung ist in den Programmen weitgehend inexistent. Nur dank der

Grünen weiß sie endlich, woran sie ist: Sie erhält neue Chancen „durch den Ersatz gefährlicher Chemikalien durch ökologisch unbedenkliche Stoffe“.

Wer für die Wissenschaft besser wäre, weiß man nach der Lektüre nicht. Ein Blick auf die Ziele [Nachr. Chem. 2002, 50, 954] und Leistungen der Kontrahenten in der Vergangenheit hilft auch nicht viel weiter. Mit Ruhm bekleckert haben sich weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün. Unter Kohl und seinem Forschungsminister Rüttgers war der Etat des BMBF jahrelang ein Steinbruch. Edelgard Bulmahn hat ihn zwar wieder auf Vor-Rüttgers-Zeiten gebracht; dass aber ihre Reformen (z. B. Kürzung der Professorenbesoldung oder effektives Berufsverbot für Nachwuchswissenschaftler auf befristeten Stellen) den Wissenschaftsstandort Deutschland attraktiver gemacht haben, darf angesichts des Massenexodus deutscher Jungforscher gestrost bezweifelt werden. Auch in allen Bundesländern, rechts wie links regierten, stehen glitzernde Vorzeigeeinstitute neben verrottenden Hochschulbauten.

Nur für zwei Gruppen ist die Sache klar. Frauen in der Forschung sollten auf eine rot-rot-grüne Koalition setzen. Die PDS hat die „männlerdominierte Verfasstheit der Wissenschaftseinrichtungen“ klar erkannt, die Grünen möchten alte Männer durch junge Frauen ersetzen (Generationswechsel an den Hochschulen nutzen zur „Steigerung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen“) und die SPD setzt das durch, wenn es nicht freiwillig geschieht („... werden wir verbindlichen Regelungen schaffen“).

Spitzenforscher in den neuen Bundesländern favorisieren dagegen ein Bündnis der Physiker Lafontaine („Förderung ostdeutscher Kompetenzzentren“) und Merkel („neue Forschungsanlagen von internationalem Rang in die neuen Länder“), die beide die Wissenschaft als Instrument der Standortpolitik Ost entdeckt haben.

Florian Müller-Plathe, Darmstadt

Einen Kommentar des GDCh-Präsidenten Henning Hopf zur Wissenschaftspolitik finden Nachrichten-Leser auf Seite 961.



◆ Die chemische Industrie vor der Wahl

„Wir erwarten von der Politik, dass sie für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt und Innovations- und Investitionsbremsen löst.“ sagt Jürgen Hambrecht, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) und Vorstandsvorsitzender der BASF. Die Vorschläge des VCI aus Anlass der Bundestagswahl erläutert er an den Beispielen Energiepolitik, Chemikalienpolitik und Gentechnik: Die Energiekosten seien durch Ökosteuern, die Förderung erneuerbarer Energien und den Emissionshandel gewaltig angestiegen. Da Chemieproduktion energieintensiv ist, brauche die Chemie aber Strom und Gas zu wettbewerbsfähigen

Preisen. Daher fordert der VCI, die Verteuerungspolitik zu korrigieren, auf Energiemärkten mehr Wettbewerb zuzulassen, keine Energie zu diskriminieren – auch nicht die Kernenergie – und klimapolitische Aktivitäten weltweit abzustimmen. Zudem müsse die EU-Chemikalienpolitik weniger bürokratisch werden – auch wenn die chemische Industrie Reach grundsätzlich wolle, und das Gentechnikgesetz dürfe den Einsatz grüner Gentechnik nicht länger verhindern. (Forderungskatalog „Reformen zur Stärkung des Innovations- und Industriestandortes Deutschland“ unter www.vci.de) fz

Vorhaben/Projekte/Ziele	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Grüne	Linkspartei
	<p>Mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen</p> <p>Verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft</p> <p>Forschung an der Uni und außerhalb davon vernetzen</p>	<p>Wissenschaftsstandort attraktiver machen</p> <p>Mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen</p> <p>Mehr Autonomie für die Hochschulen</p> <p>Evaluation von Hochschulen</p>	<p>Wissenschaftsstandort attraktiver machen</p> <p>Mehr Autonomie für die Hochschulen</p> <p>Gleiche Chancen für Frauen und Männer in Wirtschaft und Wissenschaft</p>	<p>Mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen</p> <p>Mehr Autonomie für die Hochschulen</p> <p>Evaluation von Schulen und Hochschulen</p> <p>Gleiche Chancen für Frauen und Männer in der Bildung</p> <p>Technologietransfer Uni/Wirtschaft verbessern</p>	<p>Verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft</p> <p>Netzwerke bilden: Unis, Unternehmen, Forschungseinrichtungen</p> <p>Mehr Autonomie für die Hochschulen</p> <p>Gleiche Chancen für Frauen und Männer</p> <p>Technologietransfer Uni/Wirtschaft verbessern</p>
Förderschwerpunkte	Ausbau der Spitzenforschung	Förderung der Nano- und Biotechnologie sowie der Kraftwerkstechnik	Förderung von klimaverträglichen Kohlekraftwerken	Förderung von Bildung, Forschung, Wissenschaft	Förderung von Bildung, Forschung, Wissenschaft
Finanzierungsmöglichkeiten	<p>Abbau von Subventionen</p> <p>Schließen von Steuer-schlupflöchern</p> <p>Umschichtung von konsum-tiven Ausgaben hin zu Investition, Forschung, Bildung</p>	Abbau von Subventionen	<p>Abbau von Subventionen</p> <p>Große Erbschaften höher besteuern</p> <p>3% erhöhte Einkommensteuer (ab 250 000/500 000 Euro pro Jahr)</p>	<p>Subventionen zur F+E umleiten</p> <p>Pendlerpauschale streichen</p>	<p>Reform der Gewerbesteuer</p> <p>Erhöhung der Schenkungs- und Erbschaftsteuer</p> <p>Wiedereinführung der Vermögensteuer (wirksam ab 300 000 Euro pro Person)</p>
Umfang der Investitionen in F+E pro Jahr	3% des BIP ab 2010	3% des BIP bis 2010	3% des BIP bis 2010 (Staat: 2/3, Wirtschaft: 1/3)	3% des BIP bis 2010	3% des BIP bis 2010
Studiengebühren	Ja (500 Euro pro Semester)	Ja („Studienentgelte“, Höhe legen die Hochschulen fest)	Nein (für Erststudium)	Nein (für Erststudium)	Nein
Stammzellforschung	Nein	Ja	Lockerungen möglich	Nein	Nein
Klonen (Mensch)	Nein	Ja (therapeutisch)	Erhalten	Nein	Nein
BAföG	Erhalten	Statt dessen „Liberales Bürgergeld“	Erhalten	Ausbauen	Ausbauen
Verschiedenes	<p>Vorhandene Forschungs-schwerpunkte der Hoch-schulen fördern</p> <p>Jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich zur Exzellenz-initiative für F+E</p>	ZVS abschaffen	Weiterbildung stärken	Keine Patentierung von Software	Mittel gezielter für F+E einsetzen
	Grüne Gentechnik soll mehr Freiraum erhalten	Grüne Gentechnik soll mehr Freiraum erhalten	Eliteuniversitäten	Keine Kern- und Gentechnik, keine verbrauchende Embryonenforschung	Keine Gentechnik
					Zusammenstellung: Michael Stiegler